



COVID-19 – Newsletter 69

29.01.2021

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Entscheidung über Lockdown erst nächste Woche	4
3. Corona-Förderpaket für Schülerinnen und Schüler	5
4. Arbeitsminister präsentiert neue Regeln fürs Homeoffice	5
5. Corona - Simulation: "Lockdown light" bricht Infektionswelle nicht	5
6. KN95-Masken unter Voraussetzungen zugelassen	6
7. 43 Prozent der Todesfälle in Alters- und Pflegeheimen.....	6
8. Steckbriefe der drei Mutanten, die der Forschung aktuell Sorge bereiten.....	7
9. Coronakrise wirbelt Arbeitsmarkt durcheinander	7
10. Anschöber will Testangebot in jeder Gemeinde	7
11. Industrie sieht viele Fragezeichen für möglichen starken Aufschwung	8
12. Gesetzliche Corona-Kreditstundungen laufen am Sonntag aus	8
Aus den Bundesländern	9
1. Länder adaptieren ihre Impfpläne laufend	9
2. Start für Anmeldungen für über 80-Jährige in der Steiermark	10
3. Wien: Bereits mehr als 400.000 Vormerkungen	11
4. NÖ Straßendienst hilft bei Verteilung von Schutzmaterial	11
5. 16.000 Anmeldungen kurz nach Start von Kärntner Plattform.....	11
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	12
1. Städtebund, VÖWG, youunion an Bundesregierung: EU-Geld aus Aufbaufonds für kommunale Projekte einsetzen!	12
2. Impfung - Innsbruck weiht Impfstation mit Ärzte-Immunsierungen ein.....	13
3. Corona-Ampel - St. Pöltens Stadtchef übt Kritik	13
Europa und International	14
1. Klinikum in Berlin unter Quarantäne – Verkehrsbetriebe bieten "Pendelquarantäne" an.....	14
2. Wieder Krawalle in Niederlanden: 151 Festnahmen	14
3. Island setzt auf Impfbzertifikate	15
4. Kritik an Zulassung von russischem Impfstoff in Ungarn	15
5. EU-Kommission verdoppelt und verdreifacht Obergrenze für Corona-Hilfe	15



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **22. Jänner 2021** herausgegeben:

BGBl. I Nr. 25/2021

Änderung des Kontenregister- und Konteneinschlaggesetzes, des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes, des Bankwesengesetzes, der Bundesabgabenordnung, des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes, des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018 und des Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetzes

BGBl. II Nr. 28/2021

Änderung der COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21

BGBl. II Nr. 29/2021

Änderung der Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus dem Vereinigten Königreich und Südafrika

BGBl. II Nr. 30/2021

Änderung der Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **25. Jänner 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 31/2021

Änderung der COVID-Kurzarbeit-Obergrenzen-VO

BGBl. II Nr. 32/2021

Änderung der Verordnung über besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

BGBl. II Nr. 33/2021

Änderung der Verordnung, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 besondere Vorkehrungen in Strafsachen getroffen werden

BGBl. III Nr. 6/2021

Geltungsbereich der Multilateralen Sondervereinbarung RID 6/2020 nach Abschnitt 1.5.1 RID über Bescheinigungen für Gefahrgutbeauftragte gemäß Unterabschnitt 1.8.3.7 RID

BGBl. III Nr. 7/2021

Geltungsbereich der Multilateralen Vereinbarung M330 nach Abschnitt 1.5.1 ADR über Bescheinigungen über die Fahrzeugführerschulung gemäß Absatz 8.2.2.8.2 ADR und Bescheinigungen für Gefahrgutbeauftragte gemäß Unterabschnitt 1.8.3.7 ADR

BGBl. III Nr. 8/2021

Geltungsbereich des Multilateralen Abkommens ADN/M 027 gemäß Unterabschnitt 1.5.1 ADN über Bescheinigungen über besondere Kenntnisse des ADN nach Unterabschnitt 8.2.2.8 ADN und Schulungsnachweise für Gefahrgutbeauftragte nach Unterabschnitt 1.8.3.7 ADN

BGBl. III Nr. 9/2021

Vorläufige Anwendung des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen

BGBl. III Nr. 10/2021

Obsoleterklärung bzw. Beendigung der folgenden Übereinkommen zwischen Österreich und Brasilien

BGBl. III Nr. 11/2021

Änderungen der Ausführungsordnung zum Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken



Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **27. Jänner 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 34/2021](#)

Durchführung der Impfung gegen SARS-CoV-2 im niedergelassenen Bereich

[BGBl. II Nr. 35/2021](#)

eHealth-Verordnungsnovelle 2021

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **28. Jänner 2021** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 26/2021](#)

Änderung des Genossenschaftsrevisionsgesetzes 1997

[BGBl. III Nr. 14/2021](#)

Geltungsbereich des Abkommens von Locarno zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle, unterzeichnet am 8. Oktober 1968, geändert am 2. Oktober 1979

[BGBl. I Nr. 27/2021](#)

Änderung des Wirtschaftskammergesetzes 1998, des Ziviltechnikergesetzes 2019 und des Arbeiterkammergesetzes 1992

[BGBl. III Nr. 15/2021](#)

Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die Internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken vom 15. Juni 1957 revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967 und in Genf am 13. Mai 1977

[BGBl. I Nr. 28/2021](#)

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – SVÄG 2020

[BGBl. II Nr. 36/2021](#)

Änderung der Kundmachung über die Aufwertung und Anpassung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern- Sozialversicherungsgesetz, dem Beamten Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie dem Bundespflegegeldgesetz für das Kalenderjahr 2021

[BGBl. III Nr. 16/2021](#)

Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren

[BGBl. II Nr. 37/2021](#)

Festsetzung des Lehrlingseinkommens für Lehrlinge bei Kraftfahrzeugverleihunternehmungen

[BGBl. III Nr. 17/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens von Paris

[BGBl. III Nr. 12/2021](#)

Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht

[BGBl. III Nr. 18/2021](#)

Geltungsbereich des Vertrages über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens

[BGBl. III Nr. 13/2021](#)

Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation

[BGBl. III Nr. 19/2021](#)

Geltungsbereich des WIPO-Urheberrechtsvertrags (WCT) Genf (1996)

[BGBl. III Nr. 20/2021](#)

Geltungsbereich des WIPO-Vertrags über Darbietungen und Tonträger (WPPT) Genf (1996)

2. Entscheidung über Lockdown erst nächste Woche

Die Entscheidung über eine mögliche Verlängerung des Lockdowns oder allfällige Lockerungen wird erst kommende Woche fallen. Das verkündete die Opposition nach Abschluss der Videokonferenz mit der Regierung und Fachleuten diese Woche. Für den kommenden Montag wurde ein weiteres Treffen vereinbart. Seitens des Kanzleramts hieß es nach den Gesprächen in einem Statement, die Infektionslage sei derzeit nach wie vor „stabil“ und die 7-Tage-Inzidenz „leicht sinkend“. Derzeit gehe es vor allem darum, dass von der Wissenschaft noch genauere und detailliertere Erhebungen und Untersuchungen vorgenommen werden.



3. Corona-Förderpaket für Schülerinnen und Schüler

Am Montag hat Bildungsminister Heinz Faßmann in einer Pressekonferenz ein Förderprogramm für SchülerInnen vorgestellt. Aufgrund der langen Distance Learning-Phasen ist es notwendig, entstandenen Lernlücken und Bildungsverlusten entgegen zu wirken. Minister Faßmann legte deswegen ein umfangreiches Förderpaket für alle Schulstufen im Volumen von rund 200 Millionen Euro vor. Die Förderstunden sollen grundsätzlich allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen, vor allem aber jenen, bei denen durch die COVID-19-Pandemie die Lernrückstände besonders groß sind.

Mehr dazu in **Beilage 1**

4. Arbeitsminister präsentiert neue Regeln fürs Homeoffice

Arbeitsminister Martin Kocher präsentierte am 27. Jänner nach dem Ministerrat gemeinsam mit Finanzminister Gernot Blümel und Sozialminister Rudolf Anschober die Eckpfeiler des neuen Homeoffice-Pakets.

„Ich habe mir es von Anfang an zum persönlichen Ziel gemacht, möglichst schnell im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber neue Regeln für das Homeoffice zustande zu bringen. Wir haben sehr intensive Gespräche geführt und ich bin froh, dass es uns gelungen ist, eine Einigung zu erzielen“, so Kocher, der sich bei den Sozialpartnern und Finanzminister Blümel für die rasche Einigung bedankte. Diese berücksichtigt die Bedürfnisse beider Seiten – der Beschäftigten und der Betriebe.

Die neuen Homeoffice- Regeln beinhalten sowohl steuerrechtliche- als auch arbeitsrechtliche Komponenten. Hier die wesentlichen Eckpfeiler:

- Homeoffice bleibt weiterhin Vereinbarungssache zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.
- Es gibt eine Klarstellung der arbeitsrechtlichen Regelungen sowie des Arbeitnehmerschutzes im Homeoffice. Die Arbeitsinspektorate werden keinen Zutritt zu privaten Wohnbereichen erhalten.
- Bei Arbeitsunfällen sind Beschäftigte auch im Homeoffice unfallversichert.
- Arbeitsmittel sollen vom Arbeitgeber bereitgestellt werden. Ist dies nicht möglich, bekommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine finanzielle Entschädigung.
- Es wird Möglichkeiten geben, das Homeoffice steuerlich abzusetzen.

„Auch im Bereich des Arbeitsrechts haben wir eine sehr gute Lösung gefunden, von der beide Seiten profitieren. Wir ermöglichen hier Flexibilität und schaffen Raum für individuelle Lösung auf Betriebsebene“, so der Arbeitsminister. Bestehende arbeitsrechtliche Regelungen würden im Homeoffice genauso gelten wie im Büro. So würde etwa die Arbeitszeit im Homeoffice nicht anders berechnet als im Büro. „Genaue Details werden in den nächsten Tagen finalisiert und die Rechtsvorschriften so schnell wie möglich dem Parlament zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt. Diese sind dann vorerst auf zwei Jahre befristet und werden danach evaluiert“, so Kocher abschließend.

5. Corona - Simulation: "Lockdown light" bricht Infektionswelle nicht

Selbst bei optimistischen Annahmen kann ein "weicher" Lockdown die Ausbreitung von Covid-19 nicht brechen. Zu diesem Ergebnis ist nun eine Arbeitsgruppe des Informatikers Robert Elsässer an der Universität Salzburg gekommen. Erst wenn mindestens 40 Prozent der Population immunisiert sind, greift ein "Lockdown light", zeigen mathematische Modelle. Bis dahin seien zur effektiven Pandemie-Bekämpfung harte Maßnahmen inklusive Schulschließungen zielführend, folgern die Forscher.



Elsässer und sein Team haben dazu in den ersten Jännerwochen eine große Anzahl von Simulationen mit unterschiedlichen Parametern durchgeführt. Sie konzentrierten sich auf die Übertragung von Viren in geschlossenen Räumen, konkret an Schulen, am Arbeitsplatz und in den Familien. Variiert wurden etwa das Ausmaß von Distance Learning, der Anteil von Homeoffice oder die Übertragungswahrscheinlichkeiten zuhause oder bei Kindern unter 14 Jahren.

Als Basis dienten den Informationen in erster Linie Daten aus der Stadt Salzburg. Die Simulationen würden sich jedoch gut für andere geschlossene Bereiche in Österreich eignen - eben Städte wie Salzburg, Wien oder Linz - aber weniger gut für ländliche Regionen. In den Modellen noch nicht berücksichtigt wurde die neue Virusmutation B.1.1.7 aus Großbritannien, die aufgrund der höheren Infektionswahrscheinlichkeit den Epidemieverlauf weiter verstärken könnte. Bis jetzt sei man auch von vollen Volksschul- und Unterstufenklassen ausgegangen. Darum sollen demnächst auch geteilte Klassen in die Simulationen mit einbezogen werden.

Mehr dazu: <https://science.orf.at/stories/3204297/>

6. KN95-Masken unter Voraussetzungen zugelassen

Seit Montag, dem 25.01. ist in einigen Bereichen - wie etwa den Öffis und Lebensmittelgeschäften - das Tragen einer FFP2-Maske vorgeschrieben. Ebenfalls im Umlauf befindliche KN95-Masken sind unter gewissen Voraussetzungen ebenfalls zugelassen. Diese Produkte sollen laut dem Gesundheitsministerium aber nur verwendet werden, wenn sie nachweislich in Europa geprüft worden sind.

Die Kennzeichnung KN95 Norm besagt, dass diese Masken ähnlich gut sind, wie die europäischen FFP2-Masken, hat das Gesundheitsministerium seine Angaben am Nachmittag präzisiert. Sie können aber nur zum Einsatz kommen, nachdem sie in Europa überprüft worden sind. Zuvor hat es noch geheißen: "Da sie (KN-95-Masken, Anm.) jedoch keiner europäischen Norm unterliegen, gibt es dazu auch keine europäische Qualitätskontrolle. Sie sind also möglicherweise nicht getestet und sind daher rechtlich als 'simpler' Mund-Nasen-Schutz zu beurteilen."

Um sich auf eine gleichwertige Filter- bzw. Schutzleistung verlassen zu können, sollten Konsumenten darauf achten, dass die Masken mindestens zwei der folgenden Merkmale aufweisen: ausdrückliche Bezeichnung als FFP2-Maske, CE-Zeichen, EN-Kennzeichnung oder eine vierstellige Nummer zur Identifikation des zertifizierenden Testinstituts.

7. 43 Prozent der Todesfälle in Alters- und Pflegeheimen

Die meisten Covid-19-Toten in Österreich sind weiterhin in Alters- und Pflegeheimen zu verzeichnen. 43 Prozent aller Menschen, die seit Ausbruch der Pandemie mit dem SARS-CoV-2-Erreger gestorben sind, waren in Heimen untergebracht. Das bestätigte Gesundheitsminister Rudolf Anschober in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der NEOS.

Am höchsten ist der Anteil in der Steiermark, wo bisher mehr als die Hälfte aller Todesfälle auf Bewohner von Alters- und Pflegeheimen entfallen sind. Bis 25. Jänner sind in ganz Österreich 7.451 Covid-19-Tote verzeichnet worden. Davon sind laut Angaben des Gesundheitsministeriums 3.245 in Alters- und Pflegeheimen gestorben. Heimbewohner haben jedoch bisher lediglich vier Prozent der bisher Infizierten ausgemacht - 18.082 positiv auf das Coronavirus getestete Menschen lebten bei einer Gesamtzahl von 405.723 Infizierten in Seniorenheimen oder Pflegeeinrichtungen.

Die Anfragebeantwortung bezieht sich auf Daten bis zum 18. Jänner. Mit Stand 12. November machten Todesfälle in Alters- und Pflegeheimen noch 38 Prozent aus. Besonders Kärnten tritt hier hervor - im November wurde noch kein einziger Todesfall dort verzeichnet. Knapp elf Wochen später machte der Anteil der Heimbewohner dann bereits 48 Prozent aus. Nur in Wien ging der Anteil der Todesfälle in Alters- und Pflegeheimen zurück - von 43 auf 39 Prozent.



8. Steckbriefe der drei Mutanten, die der Forschung aktuell Sorge bereiten

Alles Leben auf dieser Erde und damit auch Viren sind in ständiger Veränderung begriffen. Das liegt unter anderem daran, dass es immer wieder zu "Abschreibefehlern" im genetischen Code kommt. Sars-CoV-2 gehört zu den Coronaviren, die im Vergleich zu Influenzaviren eher langsam mutieren, was unser Glück ist. Dennoch gibt es mittlerweile tausende Subtypen mit jeweils minimalen Abweichungen. Doch seit Dezember sind drei bedrohliche Mutanten ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gerückt, weil sie jeweils gleich mehrere Veränderungen aufweisen und sich deshalb auch anders verhalten als die ursprüngliche Form von Sars-CoV-2. (Das bedeutet nicht, dass es nicht noch andere gefährliche Virusvarianten irgendwo gibt – nur sind sie noch nicht entdeckt.). Viele der Eigenschaften der drei Mutanten müssen erst noch genauer erforscht werden, weshalb die Steckbriefe auch nur vorläufig sind.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000123606308/steckbriefe-der-drei-mutanten-die-der-forschung-aktuell-sorge-bereiten>

9. Coronakrise wirbelt Arbeitsmarkt durcheinander

Die Coronakrise zeigt viele unmittelbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dazu gehören die Kurzarbeit ebenso wie zumindest vorübergehend verlorene Jobs in der Hotellerie wegen Zwangsschließungen. Die Lockdowns wirken sich Analysen zufolge aber auch mittelbar auf den Arbeitsmarkt aus - etwa auf das Jobsuche-Verhalten und als Trendverstärker hin zu medizinischen Berufen. Insgesamt wurden voriges Jahr viel weniger Jobs ausgeschrieben und viel weniger Fachkräfte gesucht. Voriges Jahr wurden laut dem "StepStone Fachkräftatlas 2020", der von der Marktforschungsagentur indes erhoben wurde, nur mehr 345.122 Jobs ausgeschrieben. Das waren um 93.500 Stellen weniger als im Jahr zuvor. Fachkräfte wurden um 21 Prozent weniger nachgefragt.

Die bereits davor sinkende Nachfrage nach technischen Fachkräften ging 2020 weiter zurück, während der Bedarf an Pflegefachkräften weiter anstieg und steigt, so StepStone. Pflege- und Arzthelferberufe waren voriges Jahr die einzigen Jobs, bei denen die Nachfrage im Vergleich zu 2019 gestiegen ist - um 19 Prozent.

10. Anschober will Testangebot in jeder Gemeinde

Gesundheitsminister Rudolf Anschober strebt eine flächendeckende Möglichkeit für Corona-Tests an. In der Fragestunde des Bundesrates nannte Anschober das "mittelfristige" Ziel, möglichst in jeder Gemeinde ein Testangebot anzubieten. Das Angebot an Teststraßen sei in Zusammenarbeit mit den Bundesländern bereits massiv ausgebaut worden. Darüber hinaus kündigte der Minister auch Vereinbarungen mit den Interessensvertretungen für Tests in Betrieben an.

Die bereits beschlossenen Selbst-Schnelltests will Anschober "möglichst rasch" zum Einsatz bringen. Diese "Wohnzimmer-Tests" seien eine "wichtige Ergänzung" für die PCR-Tests, auch in der Schule und er gehe davon aus, dass sie "sehr zeitnah" verfügbar sein werden, sagte der Minister in zweistündigen Befragung im Bundesrat.

In Sachen Impfungen teilte der Gesundheitsminister mit, dass man mit den Alten- und Pflegeheimen "weitestgehend" durch sei. In der zweiten Februarhälfte sollten hier auch alle mit dem "zweiten Stich" versorgt sein. Jetzt sollen dann die über 80-Jährigen an die Reihe kommen. Ziel sei es, dass diese Gruppe "größtenteils" bis zum Ende des ersten Quartals durchgeimpft sei.

Für den Impfplan habe man nun drei Varianten erarbeitet, teilte Anschober mit - je nachdem ob der Impfstoff von AstraZeneca nun voraussichtlich am morgigen Freitag von der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA vollständig, oder nur teilweise genehmigt werde oder ob die geplanten Liefermengen nicht eingehalten werden. In diesem Zusammenhang wies Anschober den Vorwurf zurück, dass die EU die Verträge mit den Impfstoff-Herstellern zu spät abgeschlossen habe. Diese Verträge seien bereits im August abgeschlossen worden und es gebe klare vertragsrechtliche Ansprüche für die vereinbarten Liefermengen, betonte der Minister.



Beim elektronischen Impfpass geht Anschober davon aus, dass bis Ende März 100 Prozent aller Corona-Impfungen in das elektronische Impfreister eingetragen sein werden. Derzeit sind es österreichweit 85 Prozent, wobei in einigen Bundesländern die Impfungen schon vollständig eingetragen seien.

Anm.: Bereits am 20.01. fasste der Nationalrat bezüglich der erwähnten Antigen-Selbsttests folgenden Entschließungsantrag:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Bevölkerung Antigen-Tests zur Eigenanwendung, die in Österreich in Verkehr gebracht werden dürfen, im erforderlichen Ausmaß kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Bezug dieser Tests soll jedenfalls unbürokratisch und niederschwellig, wie zum Beispiel über öffentliche Apotheken erfolgen. Die Kosten für diese Selbsttests hat der Bund zu tragen.

Der Österreichische Städtebund hat bezüglich des zeitlichen Fortschrittes der Umsetzung dieses Vorhabens eine Anfrage an das BKA gestellt.

11. Industrie sieht viele Fragezeichen für möglichen starken Aufschwung

Aufschwung - ja, aber: Zu diesem Ergebnis ist die Industriellenvereinigung (IV) in ihrer neuesten Konjunkturanalyse im Zeichen der Coronakrise gekommen. Läuft alles gut - keine neuen Lockdowns, Erfüllung des Impfplans - wird ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent prognostiziert. Doch die Krise birgt viele Unwägbarkeiten, die dieses Wachstum schrumpfen könnten. Und auch wenn es 4 Prozent werden: Das Vorkrisenniveau wird frühestens im zweiten Quartal 2022 erreicht.

Als "entscheidend" hoben IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und -Chefökonom Christian Helmenstein auch die Rückkehr zu einem normalen Schulalltag hervor. Die Produktivität sinke nämlich, wenn die Eltern während ihrer Homeoffice-Arbeitszeit das sogenannte Homeschooling durchführen.

12. Gesetzliche Corona-Kreditstundungen laufen am Sonntag aus

Die gesetzlich verordneten Stundungen von Kredittilgungen und Rückzahlungen - Teile der Corona-Hilfspakete - sind nicht nochmals verlängert worden. Dieses außertourliche gesetzliche Moratorium sah seit April 2020 für private Haushalte und Kleinfirmen in Österreich Rückzahlungsaufschübe um drei Monate vor, das wurde aber mehrmals erstreckt. Diese gesetzliche Stundungsfrist läuft jetzt mit 31. Jänner 2021 aus.

In Deutschland war das schon vergangenen Juni, also nach nur drei Monaten, der Fall. Politiker und Regulatoren sahen diese Maßnahme nur als temporären Schirm.

Wer wegen coronabedingter finanzieller Engpässe bisher dieses gesetzliche Stundungsrecht beansprucht hat, muss auch in Österreich damit ab Februar die Raten- und Zinszahlungen wieder aufnehmen. Wie von der Kreditwirtschaft versichert wird, müssen die gestundeten Summen der letzten zehn Monate jedoch nicht auf einen Schlag zurückgezahlt werden. Die rückzahlungsfreien Monate werden an die vereinbarte Laufzeit des Kreditvertrags angehängt. Von Beginn an war vorgesehen, dass sich durch die Stundung die Kreditvertragslaufzeit entsprechend verlängert.

Nach Angaben aus Banken haben Rückzahlungsaufschübe im Rahmen des gesetzlichen Moratoriums in den letzten Wochen kaum mehr eine Rolle gespielt. Stundungen über bilaterale und individuelle Vereinbarungen zwischen Kreditnehmer und Bank spielten selbst in der gesetzlichen Moratoriumsphase die größere Rolle. Auch die Schuldnerberatungen raten in Finanznöten steckenden Kreditnehmern zu bilateralen Stundungsabkommen mit ihren Banken. Niemand müsse sich fürchten, sagt die Kreditwirtschaft. Wo es sich nicht ausgeht, kann vom gesetzlichen in ein neues "privates" Moratorium wechseln.

Zuletzt waren noch knapp über 6 Mrd. Euro im gesetzlichen Moratorium gestundet, über private Vereinbarungen waren es 7,4 Mrd. Euro. In Spitzenzeiten im Mai/Juni 2020 waren es mehr als 20 Mrd. Euro gesetzlich und 30 Mrd. Euro privat.



Aus den Bundesländern

1. Länder adaptieren ihre Impfpläne laufend

Die Schwierigkeiten rund um die Lieferungen des Corona-Impfstoffs von AstraZeneca schlagen sich auch in den Impfplänen der Bundesländer nieder. Diese müssten zum Teil laufend adaptiert werden, wie die Verantwortlichen gegenüber der APA bei einem Rundruf erklärten.

In der Bundeshauptstadt **Wien** ändert sich die Impfplanung "täglich bis stündlich", wie ein Sprecher des Gesundheitsstadtrats Peter Hacker betonte. So wurden beispielsweise in der Vorwoche rund 3.500 Dosen weniger geliefert als ursprünglich avisiert worden war. Auch in dieser Woche fiel die Liefermenge geringer aus. Aus diesem Grund und auch, weil die Stadt die zeitgerechten Zweitstiche garantieren möchte, konnten zuletzt weniger Erstimpfungen durchgeführt werden. Allerdings gebe es vom Bund die Zusage für Nachlieferungen in den kommenden Wochen, wo dann wiederum mehr Erststiche gesetzt würden wie noch in der aktuellen Planung vorgesehen.

In der Praxis bedeutet das: Ursprünglich war etwa vorgesehen gewesen, dass die BewohnerInnen und MitarbeiterInnen in den Seniorenheimen und Pflegewohnhäusern mit der Kalenderwoche sechs (8. bis 14. Februar) ihre Erststiche hätten erhalten sollen. Dies wird nun zwei Wochen später der Fall sein. Ziel ist die "Vollimmunisierung" in den Seniorenheimen und Pflegewohnhäusern bis Mitte März. Weiterhin Plan ist, dass Mitte Februar mit der Impfung der Über-80-Jährigen und den HochrisikopatientInnen (Beispiele: Krebs, chronische Dialyse, Diabetes mellitus Typ I und Typ II) begonnen wird. Letztere werden nach Alter gestaffelt kontaktiert. Als nächste Gruppe sind dann die RisikopatientInnen (Beispiele: Asthma bronchiale, Herzinsuffizienz) dran.

Auch in **Vorarlberg** werde der Impfplan laufend angepasst, schließlich hänge alles von den Impfstofflieferungen ab. Bis Donnerstag ließen sich im Ländle über 106.000 Personen zur Impfung vormerken. Rund 12.700 davon sind bereits geimpft, davon 330 auch bereits zum zweiten Mal. Im Laufe dieser Woche sollen die Impfungen in den insgesamt 49 Seniorenheimen abgeschlossen werden, hieß es seitens des Landes. Bisher ließen sich rund 80 Prozent der BewohnerInnen und 50 Prozent des Personals dort immunisieren. Im Februar kommen in der nächsten Phase Über-80-Jährige, die daheim leben, dran. Sie werden aus der Vormerkplattform gefiltert und kontaktiert. Man erwarte für diese Gruppe im Februar 585 Biontech/Pfizer-Ampullen pro Woche sowie Moderna-Impfstoff für 600 Personen, so das Land. Ab dem zweiten Quartal hofft Vorarlberg, mit der Immunisierung der breiten Bevölkerung beginnen zu können.

In **Salzburg** will man trotz der offenen Fragen um Liefermengen und -daten an der Impfstrategie festhalten. Mit Stand Mittwoch wurden bisher 11.820 Impfungen verabreicht. Geimpft wurden laut Gesundheitslandesrat Christian Stöckl rund 8.500 BewohnerInnen und MitarbeiterInnen in den Seniorenheimen und rund 3.500 Menschen in den Spitälern, das seien rund 40 Prozent der KrankenhausmitarbeiterInnen. Mitte Februar startet die Immunisierung der rund 4.000 niedergelassenen ÄrztInnen, ZahnärztInnen und ApothekerInnen und jener etwa 1.000 SanitäterInnen, die in den Covid-Teststationen arbeiten oder mit Infizierten in Berührung kommen. Ab 1. Februar können sich dann alle über 80-Jährigen (rund 30.000 Menschen) und HochrisikopatientInnen (rund 2.200 Personen) anmelden. Hier dürften die Impfungen Anfang März beginnen. Zu diesem Zeitpunkt soll das Anmeldeportal dann für alle über 65-Jährigen, je nach Verfügbarkeit der Impfstoffe möglicherweise auch gleich für alle Impfwilligen geöffnet werden.

Die Impfungen in Altersheimen will man in **Oberösterreich** bereits in dieser Woche abgeschlossen haben. Dann sollen 43.000 Menschen eine Erstimmunisierung erhalten haben. Wenn keine weiteren Lieferungen kommen, dürfte es im Februar aber nur Zweitimpfungen geben. Erhält AstraZeneca die Zulassung, könne man im Februar Erstimpfungen an weiteren 25.000 bis 28.000 Personen vornehmen, erwartet LHStv. Christine Haberlander, die zweite Dosis soll vorerst sicherheitshalber zurückgelegt werden. Insgesamt gibt es in Oberösterreich rund 80.000 Über-80-Jährige. Man gehe davon aus, dass man bis Monatsende rund ein Drittel aus diese Altersgruppe geimpft haben werde. Impfkoordinator Franz Schützeneder stellte zu dem Thema fest, man denke "in mehreren Varianten". Alles sei davon abhängig, wer wann wie viel liefert und für welche Personengruppe.



In **Niederösterreich** wird in der kommenden Woche wie geplant mit der Impfung der etwa 3.000 niedergelassenen ÄrztInnen begonnen. Wann mit der Immunisierung von Personen über 80 Jahren, die nicht in Heimen wohnen, gestartet werden kann, sei abhängig von der Entscheidung der EU-Arzneimittelagentur EMA zur Zulassung des Vakzins von AstraZeneca, hieß es seitens Notruf Niederösterreich am Donnerstag auf Anfrage. Für die Allgemeinbevölkerung soll die Injektion jedenfalls im zweiten Quartal zur Verfügung stehen.

Michael Koren - Impfkoordinator der **Steiermark** - versicherte, dass man weiterhin auf Kurs sei: "In der Planung für die kommenden zwei Wochen ist die Zweitimpfung der Pflegewohnheime bzw. Covid-Stationen vorrangig." Sobald weiterer Impfstoff zur Verfügung stehe, würden gemäß der Impfstrategie des Bundes zunächst die Covid-Stationen in den Spitälern fertig geimpft, dann die niedergelassenen ÄrztInnen und ZahnärztInnen. "In der weiteren Folge wird über den niedergelassenen Bereich mit der Impfung der über 80-Jährigen als auch Hochrisikogruppen begonnen."

Keine Adaptierung des Impfplans stand vorerst in **Tirol** an. Dies könne sich freilich aber ändern, sollte es zu groben Engpässen kommen. Zu Beginn der Woche hatte es geheißt, dass nunmehr Über-80-Jährige, die außerhalb einer Einrichtung leben, geimpft werden sollen, nachdem die Impfungen in Alters- und Pflegeheimen weitgehend abgeschlossen worden waren. Rund 28.000 Menschen dieser Altersgruppe haben sich für die Impfung angemeldet. 16.571 Impfdosen wurden mit Stand Mittwochabend bisher nach Tirol ausgeliefert und wohl auch verimpft.

Beim Land **Kärnten** reagiert man auf die Lieferengpässe pragmatisch. Man setze die Erstimpfungen aus und mache den zweiten Durchgang bei jenen, die schon die Teilimpfung erhalten haben. Je nach Verfügbarkeit des Impfstoffes werde der bestehende Impfplan abgearbeitet. Gesundheitslandesrätin Beate Prettner betonte erneut, oberste Priorität habe die Bevölkerungsgruppe 80 plus, Anfang nächster Woche würden alle Impfwilligen in den Alters- und Pflegeheimen mit der zweiten Teilimpfung versorgt, sowohl BewohnerInnen als auch Personal.

Im **Burgenland** wurden die zweiten Dosen aufgespart, sie können damit planmäßig verimpft werden. Zusätzlich können auch weitere Neuimpfungen vorgenommen werden, hieß es Donnerstagnachmittag aus dem Büro von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Inwiefern der Impfplan angepasst werden muss, sei von der angekündigten Änderung der Priorisierung durch das nationale Impfgremium abhängig und davon, in welchem Umfang der Impfstoff von AstraZeneca - Stichwort Altersbeschränkung - zugelassen wird. Diese Information erhofft man sich am Freitag vom Bund.

2. Start für Anmeldungen für über 80-Jährige in der Steiermark

Mehr als 11.100 SteirerInnen, die über 80 Jahre alt sind, haben sich in den ersten drei Stunden für die Corona-Schutzimpfung in der Steiermark angemeldet. Das teilte das Land Steiermark in einer Aussendung mit. Seit Montag, 8.00 Uhr, ist die Voranmeldung online unter <https://anmeldung.steiermark-impft.at/> sowie telefonisch möglich. Schwierigkeiten - wie etwa überlastete Server - gab es offenbar vorerst keine.

Vergangene Woche hatte die etwa 75.000 Menschen umfassende Zielgruppe Post von Gemeinden und Städten bekommen. Darin waren die Website sowie die Telefonnummern für die Anmeldung angegeben. Einen genauen Termin können die über 80-Jährigen vorerst allerdings nicht auswählen, weil noch nicht klar ist, wann ausreichend Impfstoff für die Zielgruppe vorhanden ist. Die angemeldeten Personen werden daher erst über ihren genauen Impftermin informiert. Bei den unterschiedlichen Browsern gab es auf der Anmeldeseite im Internet auch eine unterschiedliche Optik. So wurde darauf hingewiesen, dass mit "Safari" das Kalendersymbol nicht angezeigt werde, doch eine manuelle Eingabe des Datums sei möglich. Der steirische Impfkoordinator Michael Koren sagte: "Das Registrierungstool ist gut angelaufen und wird ab 1. Februar für alle SteirerInnen offenstehen. Ab März sollte in einer dritten Ausbaustufe jede und jeder bereits über diese Plattform seinen eigenen Impftermin auswählen können."



3. Wien: Bereits mehr als 400.000 Vormerkungen

Personen über 80 sollen in Wien spätestens ab Mitte Februar geimpft werden. Bereits jetzt ist die Vormerkung dafür möglich, nicht nur im Internet unter [Impfservice.wien](https://impfservice.wien), sondern auch bei der Gesundheitshotline 1450. Auch wenn das innerhalb einer Woche bereits über 400.000 Menschen gemacht haben, müsse man sich keine Sorgen machen, dass es keine Impfdosen mehr gibt. Es gilt bei der Vormerkung explizit kein „First come, first serve“-Prinzip, es wird also nicht nach dem Zeitpunkt der Vormerkung sortiert. Die Vormerkung können auch Verwandte vornehmen, wenn jemand nicht selbst dazu in der Lage ist. Auch das geht telefonisch, denn jede angemeldete Person muss eine ihr zugewiesene E-Mail-Adresse oder Telefonnummer haben. So sollen Unregelmäßigkeiten bei der Anmeldung vermieden werden. Die Stadt vermutete, dass etwa 40 Prozent aller Vormerkungen telefonisch erfolgen werden. Die vorgemerkten Personen werden telefonisch oder elektronisch informiert, sobald ein persönlicher Impftermin ausgewählt werden kann. Wann das ist, erfolgt nach einer Gewichtung innerhalb der Risikogruppe. Die Stadt Wien hat zur Orientierung auch einen Impfplan veröffentlicht.

Quelle: <https://wien.orf.at/stories/3086807/>

4. NÖ Straßendienst hilft bei Verteilung von Schutzmaterial

In Zeiten der Pandemie unterstützt der NÖ Straßendienst den Krisenstab im Bundesland und hilft bei der Verteilung von Schutzmaterial an Einrichtungen der mobilen Dienste, Pflege-, Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen. Laut einer Aussendung vom Donnerstag sind von den Mitarbeitern bisher 2,2 Millionen Masken, 600.000 Handschuhe, 330.000 Schutzanzüge und Schürzen, 30.000 Desinfektionsmittel sowie 10.000 Brillen und Visiere ausgegeben worden.

5. 16.000 Anmeldungen kurz nach Start von Kärntner Plattform

Wenige Stunden nach dem Start der Kärntner Impf-Vormerkplattform haben sich bereits 16.000 Personen für eine Impfung angemeldet. Wie der Landespressdienst am Freitag in einer Aussendung mitteilte, können Personen, die zu Risikogruppen gehören, auch Angaben zu ihren Erkrankungen oder zum Beruf machen - nach diesen Daten werden Priorisierungslisten erstellt. Die Angaben werden entgegen früherer Pläne nun doch vor der Impfung überprüft, etwa mit Arztbriefen.

Wie es in der Aussendung hieß, sei eine Anmeldung auf www.kaernten-impft.ktn.gv.at wichtig - auch wenn man einräumt, dass derzeit wohl keine Eile nötig ist. Wegen des aktuellen Impfstoff-Engpasses werden momentan nämlich kaum Erstimpfungen durchgeführt. Der Impfstoff, der in Kärnten derzeit zur Verfügung steht, wird verwendet, um die zweite Immunisierung bei Leuten durchzuführen, die die erste bereits erhalten haben. Bisher wurden in Kärnten BewohnerInnen und MitarbeiterInnen von Altenheimen, über 80-Jährige, MitarbeiterInnen von Covid-Stationen in Krankenhäusern und einige niedergelassene ÄrztInnen geimpft. Laut Angaben des Landespressdienstes haben mit Stand Freitag 13.555 Personen in Kärnten eine Impfung erhalten, 361 von ihnen auch schon die zweite



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Städtebund, VÖWG, yunion an Bundesregierung: EU-Geld aus Aufbaufonds für kommunale Projekte einsetzen!

Rund 3 Milliarden Euro stehen Österreich aus der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität zur Verfügung. Diese Mittel sollen dabei helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Schäden durch die Coronakrise langfristig zu überwinden. Das Besondere daran: Sie müssen nicht zurückgezahlt werden. Der Österreichische Städtebund, yunion _ Die Daseinsgewerkschaft und der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) sehen die EU-Aufbaumittel als Chance, Österreich aus der Krise heraus zu investieren und echten volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert zu schaffen. Aber die Zeit drängt – um das Geld abzuholen, müssen die Mitgliedstaaten bis Ende April nationale Wiederaufbaupläne bei der EU-Kommission einreichen und im Detail erläutern, wofür das Geld eingesetzt werden soll. Österreich hinkt hier im EU-Vergleich hinterher. Im Unterschied zu den meisten anderen EU-Mitgliedsländern, hat die Österreichische Bundesregierung noch keine sichtbaren Schritte zur Ausarbeitung eines nationalen Plans gesetzt. Die Organisationen befürchten, dass die Chance vergeben und die zusätzlichen EU-Mittel vorwiegend als Budgetentlastung verwendet werden könnten.

„Bisher wurde weder die für den Wiederaufbauplan zuständige nationale Stelle bekannt gegeben noch ein Dialog mit den Städten und Kommunen bzw. den Sozialpartnern gestartet“, so Städtebund, yunion und VÖWG.

Eine breite Einbindung von Stakeholdern ist nicht nur wichtig, um die Mittel zielsicher einsetzen zu können, sondern wird dezidiert auch von der EU-Kommission gefordert. Kommissionspräsidentin von der Leyen betont in einem Schreiben an die drei Organisationen, es sei wünschenswert, „nationale Parlamente, regionale und kommunale Gebietskörperschaften, Sozialpartner und andere einschlägige Interessenträger in den Prozess [...] einzubinden.“ Die Städte und Gemeinden und auch die öffentlichen Unternehmen Österreichs haben in den letzten Wochen unter Hochdruck an Konzepten und Projektideen im Sinne der Aufbau- und Resilienzfazilität gearbeitet. Sie und ihre Beschäftigten spielen eine entscheidende Rolle in der Bekämpfung der Pandemie. Ihre Vorhaben zu gesellschaftlich wertvollen und innovativen grünen Projekten passen thematisch nicht nur in eine, sondern oft in mehrere von der Kommission geforderten Leitlinien. Dazu zählen u.a. der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und Elementarbildung, die Digitalisierung von Schulen, der Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens und Pflegeeinrichtungen, Investitionen in Gleichstellung, der Ausbau klimafreundlicher Energie und Mobilität, die Förderung eines CO₂-neutralen Güterverkehrs, die Verdichtung von öffentlichen Verkehrsanbindungen sowie die thermische Sanierung von Gebäuden.

Was es jetzt braucht, ist eine offene, gesprächsbereite Bundesregierung, die diese Projekte an die EU-Kommission weitergibt, denn nur so kann die Krise langfristig bewältigt und eine wirtschaftliche Erholung gewährleistet werden, betonen die Organisationen.

„Wir hoffen sehr, dass nun der Startschuss für einen inklusiven und transparenten Prozess zur Erarbeitung des nationalen Wiederaufbauplans fällt und wir zügig die vielen innovativen Projekte der Städte und Unternehmen in die für BürgerInnen so wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge wie Klimaschutz, Digitalisierung, gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit etc. voranbringen können.“

Wir stehen mit unserem Know How und der Expertise unserer Mitglieder jederzeit für Gespräche zur Verfügung und erwarten ein rasches Handeln, um die Gelder auch wirklich abzuholen“, so die Organisationen abschließend.



Zur Aufbau- und Resilienzfazilität

Um die durch die Corona-Pandemie entstandenen Schäden zu beheben und den Weg aus der Krise hin zu einem moderneren und nachhaltigeren Europa zu ebnen, werden auf EU-Ebene mit dem Aufbauplan „Next Generation EU“ insgesamt 750 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Das Herzstück dieses Aufbauplans stellt mit 672,5 Mrd. Euro die „Aufbau- und Resilienzfazilität“ (RRF) dar, die Investitionen und Reformen für ein „grüneres, stärker digital ausgerichtetes und krisenfesteres Europa“ vorantreiben soll. Nicht ganz die Hälfte dieser Summe wird in Form von nicht rückzahlbaren Finanzhilfen an die Mitgliedstaaten ausgezahlt. Ein Teil dieser Mittel (rund 3 Mrd. Euro) soll auch Österreich zugutekommen. Um diese Mittel aus der Fazilität abrufen zu können, sind nun die nationalen Regierungen aufgefordert, ihre Investitions- und Reformvorhaben im Detail in nationalen Aufbau- und Resilienzplänen darzulegen und diese bis spätestens 30. April 2021 bei der EU-Kommission einzureichen.

2. Impfung - Innsbruck weihet Impfstation mit Ärzte-Immunsierungen ein

Die Stadt Innsbruck weihet in dieser Woche die in der Messehalle eingerichtete Impfstation ein. Am Donnerstag und Freitag soll mit der Immunsierung von rund 430 niedergelassenen Ärzten, die danach großteils selbst Impfungen durchführen sollen, begonnen werden. Im Vollbetrieb können dann in zwölf Kojen bis zu 1.000 Personen pro Tag geimpft werden.

Bürgermeister Georg Willi betonte bei einer Presseführung am Dienstag vor allem die Flexibilität der Impfstation. "Wenn genügend Dosen des Impfstoffes da sind, dann können wir uns jederzeit darauf einstellen", meinte er. Derzeit seien sechs Kojen, in denen ein Arzt und eine Assistenz die Impfwilligen empfangen, zum Betrieb vorgesehen.

Nach den ÄrztInnen wolle man ganz nach Impfplan der Bundesregierung gezielt die Personengruppe der Über-80-Jährigen außerhalb der Altersheime angehen, so Vizebürgermeister Johannes Anzengruber. Danach folge Schritt für Schritt die Impfung von rund 141.000 Personen über 16 im Großraum Innsbruck, führte er aus.

3. Corona-Ampel - St. Pöltens Stadtchef übt Kritik

St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler hat am Donnerstag kritisiert, dass bei der Schaltung der Corona-Ampel vorerst keine regionale Unterscheidung mehr stattfindet. Dadurch werde "das reale Infektionsgeschehen" nicht mehr abgebildet, monierte der Stadtchef in einer Aussendung.

Aktuell weise St. Pölten die drittwenigsten Corona-Neuinfektionen aller österreichischen Gemeinden auf, betonte Stadler. Die Sieben-Tage-Inzidenz der niederösterreichischen Landeshauptstadt lag am Donnerstagnachmittag laut dem Dashboard der AGES bei 41,4. Die Forderung des Bürgermeisters: "Es müssen für Städte wie St. Pölten, deren Inzidenzzahl im unteren Bereich liegt, andere Zugänge gefunden werden als für Skipisten und Wintersportgemeinden." Denn: "Die Corona-Maßnahmen gehen an der Realität vorbei."

An die Bundesregierung appellierte Stadler, bei künftigen Maßnahmenentscheidungen soziologische, psychologische und gesellschaftliche Aspekte miteinzubeziehen. Eingetreten wurde weiters für eine baldige Aufnahme des Regelbetriebes im Pflichtschul- und Kindergartenbereich.



Europa und International

1. Klinikum in Berlin unter Quarantäne – Verkehrsbetriebe bieten "Pendelquarantäne" an

Fast 2.000 Personen stehen nach dem Ausbruch der Corona-Mutation B.1.1.7 im Humboldt-Klinikum unter Quarantäne. Es sei nicht auszuschließen, dass bei den nun flächendeckenden Testungen weitere Fälle gefunden werden. Zudem werden alle Verlegungen in andere Krankenhäuser geprüft – ein Patient im Vivantes-Klinikum Spandau ist von B.1.1.7 betroffen, er wurde aus dem Klinikum in Reinickendorf dorthin verlegt und ist seitdem isoliert. Berichten zufolge seien viele Angehörige der PatientInnen über die Situation besorgt, da sie nicht von der Klinikleitung über den Ausbruch informiert worden seien, sondern aus den Medien davon erfahren haben sollen. Zu den von der Quarantäne betroffenen Personen zählen etwa 1.500 Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte, Verwaltungs- und Technikpersonal. Außerdem werden dort mindestens 400 PatientInnen behandelt, die vorerst isoliert bleiben. Um den Betrieb im Krankenhaus zu erhalten, sollen die betroffenen KlinikmitarbeiterInnen mit BVG-Kleinbussen im Rahmen des digitalen Ridesharing-Service "BerlKönig" abgeholt und nach dem Dienst wieder zurückgebracht werden. Der Sammeltaxi-Dienst wird von der BVG und dem Mobilitätsunternehmen "ViaVan" betrieben. Mit dieser sogenannten "Pendelquarantäne" soll vor allem eine weitläufige Verbreitung des Virus durch die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln verhindert werden. Zudem könne die BVG die MitarbeiterInnen bei ihren Einkäufen unterstützen.

2. Wieder Krawalle in Niederlanden: 151 Festnahmen

Die Niederlande haben erneut schwere Ausschreitungen infolge der aus dem Ruder gelaufenen Proteste gegen die CoV-Ausgangssperre erlebt. Hunderte gewaltbereite Jugendliche randalierten nach Polizeiangaben in mehreren Städten und griffen die Polizei an. Die Menschen hatten sich kurz vor Beginn der Ausgangssperre wegen der Coronavirus-Pandemie in Stadtzentren versammelt. In großen Gruppen zogen sie plündernd und randalierend durch die Straßen. Unruhen wurden aus etwa zehn Städten gemeldet, darunter Amsterdam, Den Haag und Rotterdam. Mehr als 151 Personen wurden nach Angaben der Polizei festgenommen.

Randalierer zogen durch verschiedene Städte, schlugen Fensterscheiben ein und plünderten Geschäfte. Bushaltestellen wurden demoliert, Feuer gelegt und Polizisten mit Feuerwerk und Steinen angegriffen.

Auch JournalistInnen und Kamerateams waren nach Medienberichten Opfer von Gewalt. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein. In Brabant und 's-Hertogenbosch versuchten Randalierer nach Medienberichten auch, in Krankenhäuser einzudringen. Die Polizei habe die Zugänge weiträumig abgeriegelt.

„Schamlose Diebe“, klagte Rotterdams Bürgermeister Ahmed Aboutaleb. Der Sozialpsychologe Bert Klandermans von der Freien Universität Amsterdam (VU) sagte, er sei nicht überrascht. Frust habe sich in den vergangenen Monaten in der Bevölkerung aufgestaut und sich nun mit Beginn weiterer Einschränkungen entladen, sagte Klandermans im APA-Gespräch. „Was aber wirklich schockierend ist, ist die hohe Gewaltbereitschaft.“

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3198920/>



3. Island setzt auf Impfbzertifikate

Island will seinen BürgerInnen nach einer CoV-Impfung mit einem digitalen Zertifikat Reisen ins Ausland erleichtern. Die ersten Nachweise seien ausgestellt worden, teilte das Gesundheitsministerium gestern mit. 4.800 IsländerInnen hätten bereits zwei Impfstoffdosen erhalten und könnten das Zertifikat somit beantragen.

Ziel sei es, die länderübergreifende Bewegungsfreiheit zu erleichtern. Reisende könnten den Nachweis an der Grenze vorzeigen, um von den jeweiligen Einreisebeschränkungen ausgenommen zu werden, erklärte das Ministerium.

International anerkannt ist ein solches Impfbzertifikat allerdings nicht. Island, das dem Schengen-Raum angehört, will EuropäerInnen mit vergleichbaren Nachweisen die Einreise erlauben.

Diskussion in EU

In der EU ist das Thema umstritten. Griechenland befürwortet die Einführung eines einheitlichen Impfbzertifikats, um die für das Land so wichtige Tourismusindustrie wieder anzukurbeln. Auch Österreich hat sich dafür ausgesprochen.

Frankreich und Deutschland halten die Debatte über einen EU-Impfpass allerdings für verfrüht. Sie verweisen auf die geringe Zahl der Geimpften und führen außerdem an, dass noch unklar sei, ob Menschen nach einer Impfung noch andere infizieren können. Nach Angaben der EU-Kommission werden bereits in elf Mitgliedstaaten Impfbzertifikate ausgestellt, sieben weiteren Länder planen das demnach. Die Dokumente ermöglichen aber kein freies Reisen innerhalb der EU.

4. Kritik an Zulassung von russischem Impfstoff in Ungarn

Die zügig erfolgte Notzulassung eines russischen Impfstoffs durch die Arzneimittelbehörde OGYEI hat in Ungarn Bedenken auf den Plan gerufen. Das in der Dokumentation der klinischen Versuche beschriebene Mittel stimme mit dem zur Auslieferung bestimmten Präparat „Sputnik V“ nicht vollständig überein, berichtete die Budapester Tageszeitung „Nepszava“ (Mittwoch-Ausgabe).

Das eher regierungskritische Blatt berief sich auf ungenannte Experten, die die Behörde im Genehmigungsverfahren als externe Gutachter beigezogen hatte. Die Behörde nahm zu den Vorwürfen nicht Stellung. Der rechtsnationale Ministerpräsident Viktor Orban hatte in den vergangenen Tagen die Europäische Union mehrfach dafür kritisiert, dass sie die Anschaffung westlicher Impfstoffe im Namen der Mitgliedsländer schlecht vorbereitet habe und es deshalb zu wenig Impfstoff gebe. Zugleich übte Orban politischen Druck auf die Behörden seines Landes aus, russischen und chinesischen Impfstoffen die Notzulassung zu erteilen.

Am vergangenen Freitag hatte Ungarn als erstes EU-Land mit Russland den Ankauf von zwei Millionen Dosen des Präparats „Sputnik V“ vereinbart. Die ungarische Behörde OGYEI hatte dem Impfstoff zwei Tage zuvor die Notzulassung erteilt. Allerdings muss noch ein zweites Amt, das Zentrum für Nationale Volksgesundheit (NNK), seine Zustimmung geben, damit „Sputnik V“ in Ungarn verabreicht werden kann.

5. EU-Kommission verdoppelt und verdreifacht Obergrenze für Corona-Hilfe

Die EU hat ihre Regeln für Corona-Hilfen überarbeitet. Künftig können Unternehmen wesentlich mehr Staatshilfe erhalten. Außerdem gelten die Bestimmungen nun bis Ende 2021 statt bis Juni, teilte die EU-Kommission am Donnerstag mit. Firmen, für die bisher eine Obergrenze für die Coronahilfe von 800.000 Euro galt, können nun bis zu 1,8 Mio. Euro unterstützen erhalten. Die Grenze von 3 Mio. Euro für direkt von der Krise betroffene Firmen wurde auf 10 Mio. Euro ausgeweitet.

Unter bestimmten Bedingungen können außerdem Garantien und Kredite in nichtrückzahlbare Beihilfen umgewandelt werden. Finanzminister Gernot Blümel schreibt in einer ersten Stellungnahme: "Österreich hat schon im April als erstes Land eine Ausweitung des Beihilferahmens und mehr Flexibilität gefordert. Unser Druck und die Allianz mit anderen Ländern haben gewirkt." Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck schreibt: "Das bedeutet, dass wir unseren Unternehmen noch umfassender helfen können als bisher."

